

Protokoll 78. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 11. Dezember 2019, 14.00 Uhr bis 16.25 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Heinz Schatt (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Michael Kraft (SP), Marcel Müller (FDP), Andri Silberschmidt (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Corina Ursprung (FDP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2019/504 | * Weisung vom 27.11.2019:
Tiefbauamt, Ersatzneubau Rathausbrücke über die Limmat,
Erhöhung Projektierungskredit | VTE |
| 3. | 2019/505 | * Weisung vom 27.11.2019:
Amt für Städtebau, Teilrevision Nutzungsplanung Friesenberg,
Zonenplanänderung und Festsetzung Ergänzungsplan
«Städtebau Quartier Friesenberg», Zürich-Friesenberg | VHB |
| 6. | 2019/386 | Weisung vom 18.09.2019:
Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2020–2023 | FV |
| 7. | 2019/525 | E Postulat der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom
04.12.2019:
Aufführung von bestimmten Kennzahlen im Finanz- und
Aufgabenplan (FAP) auf Stufe Dienstabteilung | FV |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

2005. 2019/531

**Postulat von Përparim Avdili (FDP), Corina Ursprung (FDP) und 7 Mitunterzeichnenden vom 04.12.2019:
Finanzielle Unterstützung für die Erdbebenopfer in Albanien im Rahmen der humanitären Hilfe**

Përparim Avdili (FDP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 18. Dezember 2019 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Geschäfte

2006. 2019/504

**Weisung vom 27.11.2019:
Tiefbauamt, Ersatzneubau Rathausbrücke über die Limmat, Erhöhung Projektierungskredit**

Zuweisung an die SK SID/V gemäss Beschluss des Büros vom 9. Dezember 2019

2007. 2019/505

**Weisung vom 27.11.2019:
Amt für Städtebau, Teilrevision Nutzungsplanung Friesenberg, Zonenplanänderung und Festsetzung Ergänzungsplan «Städtebau Quartier Friesenberg», Zürich-Friesenberg**

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 9. Dezember 2019

2008. 2019/386

**Weisung vom 18.09.2019:
Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2020–2023**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2020–2023 wird zur Kenntnis genommen.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Raphaël Tschanz (FDP)

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 2009/2019–2014/2019)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2009. 2019/544
Erklärung der SP-Fraktion vom 11.12.2019:
Budget 2020 und FAP 2020–2023

Namens der SP-Fraktion verliest Florian Utz (SP) folgende Fraktionserklärung:

Sozial und ökologisch: Ein gutes Budget für Zürich

Das Budget 2020 der Stadt Zürich ist nicht nur ausgeglichen, sondern es bringt auch diverse soziale und ökologische Verbesserungen. Damit kombiniert das Budget finanzpolitische Vernunft mit sozialem Engagement und ökologischer Verantwortung. Kurzum: Es ist ein rundum gelungenes Budget.

Vor einem Jahr hat der Gemeinderat im Budget 2019 auf Initiative der SP hin mehrere soziale und ökologische Verbesserungen beschlossen. So wurden die Wintermantelzulagen erhöht, es wurden mehr Mittel für den gemeinnützigen Wohnbau bereitgestellt, und die Planung von Grünräumen wurde beschleunigt. Zudem konnte die SP verhindern, dass die Gebühren in den Pflegezentren leichtfertig erhöht werden.

Der Stadtrat hat all diese Budgetbeschlüsse umgesetzt: Die Wintermantelzulagen wurden erhöht, es wurden mehr bezahlbare Wohnungen ermöglicht, die Grünraumplanung wurde beschleunigt, und die Gebühren in den Pflegezentren wurden nicht erhöht. All dies soll gemäss dem Budget, das der Stadtrat vorgelegt hat, auch im Jahr 2020 so bleiben. Die SP ist erfreut, dass es bei all diesen Themen – welche letztes Jahr noch heftig umstritten waren – nicht einmal mehr Gegenanträge gibt.

So gut das Budget des Stadtrates ist, so gross sind auch die Herausforderungen für unsere Stadt. In verschiedenen Bereichen gibt es noch viel zu tun. Dazu gehört ganz besonders auch die Erstellung von sicheren Velorouten. Gemeinsam mit anderen Parteien setzt sich die SP deshalb dafür ein, dass die dafür notwendigen Stellen im Tiefbauamt geschaffen werden – und dass diese Stellen vor allem auch mit den erforderlichen Kompetenzen ausgestattet werden. Es genügt nicht, dass die Velofachleute Berichte erstellen dürfen, sondern es muss gewährleistet sein, dass sie sichere Velorouten effektiv ermöglichen können.

Handlungsbedarf gibt es auch beim CO₂-Ausstoss. Die SP fordert deshalb – wiederum in Zusammenarbeit mit anderen Parteien –, dass im Jahr 2020 die Projektierungen für eine Solaranlage auf den Klärbecken der ARA Werdhölzli sowie für ein Auffangen des CO₂ bei der Biogasproduktion im Jahr 2020 angepackt werden. Der Klimawandel findet jetzt statt, und deshalb müssen wir jetzt handeln.

Beim Steuerfuss gibt es aus Sicht der SP hingegen keinen Handlungsbedarf. Seit mehr als einem Vierteljahrhundert gab es in unserer Stadt keine einzige Steuererhöhung. Das gibt den Unternehmen wie auch der Bevölkerung Planungssicherheit. Ermöglicht hat dies eine umsichtige Finanzpolitik, welche die Steuern nur dann gesenkt hat – im erwähnten Zeitraum immerhin drei Mal –, wenn sichergestellt war, dass der tiefere Steuerfuss auf Jahre hinaus gehalten werden kann. Momentan gibt es diese Gewähr wegen den unklaren Auswirkungen der Steuervorlage 17 (bzw. deren kantonaler Umsetzung) nicht.

Der Steuer-Antrag der FDP würde die Stadtkasse mit über 100 Millionen Franken belasten. Pro Einwohnerin und Einwohner hätte die Stadt Zürich dadurch 250 Franken weniger zur Verfügung. Bei einer Familie mit zwei Kindern müsste die Stadt somit jedes Jahr für 1000 Franken Leistungen kürzen – oder Gebühren im Umfang von 1000 Franken erhöhen. Egal ob durch Leistungskürzungen oder Gebührenerhöhungen – klar ist so oder so: Am Ende würde der Mittelstand die Zeche bezahlen.

Die SP steht ein für eine stabile und verlässliche Finanz- und Steuerpolitik. Denn nur eine solid finanzierte Stadt Zürich kann die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass unsere Stadt eine Stadt für alle bleibt – gleichermassen für wohlhabende Menschen wie auch für Menschen mit einem kleineren Geldbeutel.

2010. 2019/545**Erklärung der FDP-Fraktion vom 11.12.2019:
Budget 2020 und FAP 2020–2023**

Namens der FDP-Fraktion verliest Severin Pflüger (FDP) folgende Fraktionserklärung:

«Die Bevölkerung wächst, die Ausgaben der Stadt wachsen noch mehr»

Die Bevölkerung und die Wirtschaftskraft der Stadt Zürich wachsen. Das sind positive Trends, welche die FDP begrüsst. Dass mit diesem Wachstum auch die Stadtverwaltung wachsen muss, versteht sich im Grunde von selbst.

Bei mehr Einwohnern braucht es mehr Lehrpersonen, Polizistinnen und Krankenpfleger. Das steht ausser Frage. Doch wer genauer hinschaut, muss feststellen, dass der Gesamtaufwand schneller wächst (seit 2008 ohne interne Verrechnung +22.8%) als die Bevölkerung (seit 2008 +15.4%). Der Gesamtaufwand stieg vor allem deshalb überproportional, weil der Personalbestand rasant zunahm (seit 2008 +18.7%) - noch stärker aber der Personalaufwand, also die Löhne der städtischen Mitarbeiter (seit 2008 +26.1%).

Die FDP machte sich auf die Suche des Ursprungs dieses überproportionalen Wachstums der Stadtverwaltung. Ein Teil davon hat sie beim Wachstum der Schülerzahlen gefunden. Diese Gruppe ist in der Tat stärker gewachsen als der Rest der Bevölkerung (seit 2008 +34.7%). Die FDP findet es denn auch nur richtig, dass für die Bildung mehr aufgewendet wird. Doch die dadurch bedingten zusätzlichen Kosten machen weniger als 2% des überproportionalen Wachstums des Gesamtaufwands aus.

In vielen anderen Fällen hätte die städtische Verwaltung nicht stärker als die Bevölkerung wachsen müssen. Ja eigentlich hätten angesichts von Skaleneffekten und Effizienzsteigerungen die Aufwände pro Person in vielen Fällen sinken und damit der Aufwand weniger stark als die Bevölkerung wachsen müssen.

Wir fragen uns daher: Was ist da passiert?

Der links-grüne Stadtrat von Zürich hat es sich ganz offensichtlich einfach gemacht. Unter Hinweis auf das Bevölkerungswachstum hat er alles Wünschbare, Denkbare und Undenkbare zugelassen und dafür Mittel eingesetzt. Alle zur Verfügung stehenden Erträge und Gewinne hat er aufgesaugt und in einem masslosen Ausbau von Stellen und Aufwand verschwinden lassen. Kritiklos und ohne zu hinterfragen lässt er seine Verwaltung, seine Stäbe, sein Heer an Koordinatoren und Projektmanagern wachsen.

Der links-grüne Stadtrat funktioniert stets additiv. So hatte er beispielsweise in den letzten Jahren zur Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft inkl. Absenkung des CO₂-Ausstosses der Stadt Zürich in fast allen Departementen Stellen für Experten, Koordinatorinnen, Projektmanager und Beraterinnen aufgebaut, die interne Papiere verfassen, Projekte evaluieren sowie die eigene Verwaltung und Private beraten. Dies obwohl es Mitarbeitende gab, die sich schon seit jeher um Nachhaltigkeit gekümmert haben. Im Sommer 2019 erhält der Stadtrat dann den Auftrag den CO₂-Ausstoss bis ins Jahr 2030 auf „Nettonull“ zu reduzieren. Anstatt auf das bestehende Personal zurückzugreifen und deren Auftrag anzupassen, will er mit dem Budget 2020 noch einmal 10 Personen einstellen, die interne Papiere verfassen, Projekte evaluieren und die eigene Verwaltung und Private beraten, um den CO₂-Ausstoss auf „Nettonull“ zu bringen.

Auch ist die Stadt Zürich wohl in Bezug auf die Digitalisierung einzigartig. Niemand sonst schafft es, durch die Digitalisierung von Abläufen Kosten in die Höhe zu treiben, anstatt zu reduzieren.

Doch wie war es dem Stadtrat möglich, diese zusätzlichen Ausgaben zu finanzieren? Er nutzte das unglaublich hohe Wachstum des Steuerertrags (seit 2008 +35.8%). Verdanken tut dies die Stadt der Verdoppelung der Anzahl Spitzenverdienenden mit einem steuerbaren Einkommen von über Fr. 150'000.- von ca. 10'000 auf ca. 20'000. Aber auch der Mittelstand mit einem steuerbaren Einkommen von bis zu Fr. 150'000.- trägt massiv mehr zum Steuerertrag bei. Und diese Leute wohnen in den von Links-Grün vielfach geschmähten grossen und hellen Wohnungen, die neu entstanden sind.

Der Staat sollte nicht mehr Steuern einnehmen, als er für die Erfüllung seiner Aufgaben braucht. Doch ganz offensichtlich handelt die Stadt Zürich dem zuwider. Wären ihre Ausgaben parallel zur Bevölkerung und Schülern gewachsen und hätte sie die Steuern jeweils um den Betrag reduziert, den sie nicht benötigt hätte, so könnte der Steuerfuss heute 18% tiefer liegen. Bei den Ungewissheiten, die in der Zukunft liegen und der Umsetzung der STAF/SV17 wären es mindestens 12%.

Die FDP will das nicht länger hinnehmen und fordert daher für das Budget 2020 eine Reduktion des Steuerfusses von 119% um 6 Prozentpunkte auf 113%. Weitere Reduktionen müssten folgen.

2011. 2019/546**Erklärung der SVP-Fraktion vom 11.12.2019:
Budget 2020 und FAP 2020–2023**

Namens der SVP-Fraktion verliest Susanne Brunner (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Verschuldung senken, Steuern senken, jetzt!

Was reinkommt, geht wieder raus: So wird der Haushalt der Stadt Zürich seit Jahren geführt. Mit dem Mantra der «wachsenden Stadt» begründet der Stadtrat Jahr für Jahr, warum jährlich steigende Steuereinnahmen gänzlich ausgegeben werden müssen. So auch im Budget 2020. Bei einem Haushalt von 8,9 Milliarden Franken budgetiert der Stadtrat mit 35 Millionen Franken Überschuss eine schwarze Null.

Das Budget 2020 sieht ein ungezügelter Stellenwachstum vor. Zusätzliche 523 Stellen sollen es sein. Dieses sprunghafte Wachstum der Stadtverwaltung folgt nicht einem Naturgesetz, es basiert auf politischen Entscheidungen des links-grünen Stadtrats. Aus diesem Grund werden Skaleneffekte der wachsenden Stadt von der Stadtverwaltung geradezu aufgefressen. Im Finanz- und Aufgabenplan 2020 - 2023 sieht der Stadtrat einen sinkenden Selbstfinanzierungsgrad vor. Parallel dazu sollen die langfristigen Schulden von 5,1 Milliarden im Jahr 2018 auf 8,4 Milliarden im Jahr 2023 Franken steigen. Es ist zu verführerisch zurzeit, Schulden zu machen, da das Zinsniveau unglaublich tief ist.

Um gegen Kritik einer unkontrollierten Schuldenwirtschaft gerüstet zu sein, hat sich die Stadt dieses Jahr erstmals bei Standard & Poor's ein Rating bestellt. Note AA+ ist das ansehnliche Resultat. Diese Note fusst jedoch nicht auf der zurückhaltenden Haushaltsführung des Stadtrates. Das Resultat spiegelt vielmehr die grosse Wirtschaftskraft der Region Zürich, die gute Wirtschaftslage und die wachsende Stadtbevölkerung, was sich in jährlichen Rekord-Steuereinnahmen manifestiert.

Sprunghaftes Wachstum der Stadtverwaltung und sinkender Eigenfinanzierungsgrad: Diese beiden Entwicklungen müssen uns alarmieren. Beides wird als wiederkehrender Kostenblock in jedem Budget zu finden sein. Vor allem die steigenden Schulden können zum explosiven Geschenk für nachfolgende Generationen mutieren. Niemand weiss, auf welchem Niveau sich die Zinsen in 20 Jahren befinden werden.

Natürlich müssen Investitionen einer wachsenden Stadt gerecht werden. Schulhäuser beispielsweise müssen gebaut werden. Die SVP unterstützt auch ein hohes Tempo bei der Digitalisierung mit den damit verbundenen Kosten und Investitionen. Wir erwarten jedoch, dass sich diese Investitionen künftig in tieferen wiederkehrenden Kosten in den Departementen auszahlen. Nicht jeder Verkehrsknoten in der Stadt soll zur Begegnungszone umgebaut werden. Auch der verfehlt Parkplatz-Abbau kostet viel Geld. Die Transformation der Stadt Zürich in ein Reservat des Langsamverkehrs ist schädlich für die Bewohner und das Gewerbe. Diese Investitionen sollten gänzlich gestrichen werden. Dass solche Politik die Standortattraktivität beschädigt, hat der Wegzug der AMAG dieses Jahr eindrücklich belegt. Die AMAG hat im Kanton Zug ihren neuen Hauptsitz gebaut, nicht in der Stadt Zürich.

Schwarze Null und keine Steuersenkung: Diese sture Haltung des Stadtrates ist aus der Zeit gefallen. Es muss mehr rausschauen für die Bürger! Denn es sind die Steuerzahler, welche diese Stadt tragen, nicht die allergrösste, allerbeste Stadtverwaltung der Welt. Die SVP-Fraktion stellt zahlreiche Anträge zur Verbesserung des Budgets, wir hoffen auf Unterstützung in diesem Rat. Denn gute Finanzpolitik beutet die jetzigen Steuerzahler nicht aus und bereitet keinen Gabentisch mit explosiven Geschenken für die nachfolgenden Steuerzahler-Generationen. Um diesen beiden Ansprüchen gleichzeitig gerecht zu werden, beantragt die SVP eine Senkung des Steuereffusses um 3 Prozent und eine Kürzung bei den Anleihen von 200 Millionen Franken.

2012. 2019/547**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 11.12.2019:
Budget 2020 und FAP 2020–2023**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Die Herausforderungen 2020: Klima – Wachstum – Schule

Zum zweiten Mal in Folge legt der Stadtrat ein Budget mit einem Einnahmenüberschuss vor. Dies, obwohl neue Stellen geschaffen werden, die Steuervorlage 17 erste Auswirkungen zeigt und auch die Investitionen leicht zunehmen – insbesondere bei den Schulbauten. Zürich steht finanziell gut da, aber die Herausforderungen sind hoch: Klima, Wachstum, Tagesschule und Schulraum, sowie der Druck von Bund und Kanton.

Viele Studien und Rankings bestätigen immer wieder, dass die Stadt Zürich top ist. Auch der unlängst erhobene «Prosperity & Inclusion City Seal and Awards»-Index, der nicht nur das Wirtschaftswachstum misst, sondern vorab die Lebensqualität und den Anteil der Bevölkerung, der daran teilhat, setzt Zürich auf den ersten Platz. Bei allen Kriterien schnitt Zürich hervorragend ab, insbesondere bei Lebensqualität, Arbeit,

Wohnen, Freizeit, Sicherheit und Bildung. Oder einfacher ausgedrückt: Grün-rote Politik funktioniert und nützt allen.

Das ist auch wieder im aktuellen Budget sichtbar. Neue Aufgaben kommen auf die Stadt zu und werden angegangen. Das führt in der Folge auch zur Schaffung neuer Stellen in allen Departementen. Im Hinblick auf die Herausforderungen der Zukunft und auf weitere Spitzenplätze fordern wir Grünen eindringlich weitere Stellen für die rasche Umsetzung von Veloprojekten, für eine Gleichbehandlung aller Schülerinnen und Schüler bei den Aufgabenstunden, sowie punktuell bei Massnahmen zum Energieumbau und zu mehr Grünraum.

Das grösste Wachstum zeigt sich wegen der steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen im Schul- und Sportdepartement. Zwar lassen sich mehr Lehrpersonen budgetieren, aber es mangelt an passendem Schulraum. Verdichtung wird immer mehr zu einem der wichtigsten Themen. Zu wenig Schulraum, zu viele Hitze-Inseln, zu wenig Grünraum, zu wenig Platz für den Velo- und Fussverkehr: Die Diskussion um Verdichtung und Raumplanung wird die Stadt in den nächsten Jahren beschäftigen.

Finanziell sind die mittelfristigen Aussichten durchgezogen. Für die Planjahre werden Defizite vorausgesagt, die begründet sind. Wer in einer solchen Situation wie die FDP eine Steuersenkung von 6 % fordert, macht sich lächerlich und handelt verantwortungslos. Falls Spielraum bleibt, sollen überschüssige Mittel zur Bewältigung der dringlich anstehenden Aufgaben und zum Abbau von Schulden verwendet werden. Es gibt genügend Beispiele, die zeigen, dass die Anheizung des Steuerwettbewerbs keine Probleme löst, aber neue Probleme schafft.

Mit ihren Anträgen versuchen die Grünen, das Budget des Stadtrates dort zu verbessern, wo es Sinn macht. Nebst den Anträgen zu Aufgabenhilfe, Grünraum, Klima und Veloverkehr beantragen wir zusätzliche Mittel für Nothilfe und für Asylsuchende. Das kann und muss sich Zürich leisten. Die Festlegung eines angemessenen Mindestlohns für das städtische Personal wird im Jahr 2020 noch nicht wirksam, und die Fringe Benefits für das Personal verzögern sich, daher soll dem Personal eine Einmalzahlung zukommen. Die Stadt Zürich soll und darf auch weiterhin eine zuverlässige, attraktive Arbeitgeberin sein. Die Stadt Zürich soll nicht nur Spitzenplätze in Rankings belegen, sondern auch ihre vielschichtigen Pflichten wahrnehmen.

2013. 2019/548

Erklärung der GLP-Fraktion vom 11.12.2019: Budget 2020 und FAP 2020–2023

Namens der GLP-Fraktion verliest Shaibal Roy (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Budget 2020: zu viel des Guten – es ist Zeit für eine Trendwende

Der Stadtrat budgetiert für 2020 mit 32,2 Millionen Franken zum zweiten Mal in Folge ein Plus. Dieses Budget-Plus ist aber keineswegs nachhaltig. Die Prognosen des Stadtrats zeigen ab 2021 bis 2023 schon wieder hoch defizitäre Jahresergebnisse, trotz sprudelnden Fiskalerträgen auf allen Ebenen. Die Eigenkapitaldecke schmilzt dahin und die Verschuldung steigt auf ein beängstigendes Niveau an. Noch gar nicht darin enthalten sind die geforderten Investitionen für das Klima und unklar bleibt das Ausmass der negativen Auswirkungen von Steuervorlage 17 und STAF. Angesichts dieser Entwicklungsprognose fordern die Grünliberalen den Stadtrat auf, unverzüglich Massnahmen zu ergreifen, um mit dem nächsten Finanz- und Aufgabenplan (FAP) ausgeglichene Planjahre vorweisen zu können. Die Verwaltungsreform muss beschleunigt, Digitalisierungsbestrebungen mit Kosten-/Nutzen-Analysen priorisiert, die Verschuldung kontrolliert und das Eigenkapital geschützt werden.

Per Ende 2019 dürfte der Stadtrat den im September 2018 prognostizierten Ertragsüberschuss von knapp 40 Millionen Franken wohl wiederum mit einem deutlich positiveren Rechnungsabschluss übertreffen. Auch für 2020 darf er mit einem positiven Budget von plus 32,2 Millionen Franken rechnen. Damit wird das zweckfreie Eigenkapital der Stadt Zürich auf stattliche rund 1,5 Milliarden Franken anwachsen. Diese an sich sehr erfreuliche Entwicklung ist leider nicht nachhaltig. Schon 2021 dreht der Wind und es drohen 41 Millionen Aufwandüberschuss. Man darf sich nicht darauf verlassen, dass wie in den vergangenen Jahren – jeweils von Sondereffekten geprägt – die Jahresabschlüsse immer besser als gemäss Budget und FAP ausfallen werden. Als Planungsinstrument auch für den Gemeinderat muss der FAP künftig transparenter sein und einen höheren Detaillierungsgrad ausweisen. Insbesondere muss die Verlässlichkeit und Planbarkeit genauer sein; dies zumal der immense Interpretationsspielraum bereits heute in unterschiedlichem Aktivismus der Parteien bei Budgetanträgen und nicht zuletzt beim Steuerfuss zum Ausdruck kommt. Die GLP hat im Budget 2020 nur wenige gezielte Anträge gestellt und vielmehr massgebend darauf hingewirkt, dass die RPK eine erhöhte Granularität beim FAP vom Stadtrat einfordert – keineswegs wird hierbei in Frage gestellt in wessen Kompetenz dieser fällt; es muss aber sichergestellt werden, dass dieser seinem Zweck ein ernsthaftes Finanzplanungsinstrument zu sein auch gerecht wird. Unser Anspruch hierbei ist: Eine qualifiziertere Diskussion über die mittel- und langfristigen Ziele der Finanzpolitik unserer Stadt und weniger Fokus auf kurzfristige Budgetstreichungen, daran sollte auch der Stadtrat ein Interesse haben.

Fokussierter Ressourceneinsatz und Nutzung der Chancen der Digitalisierung

Die Stadt benötigt einen fokussierten Ressourceneinsatz zugunsten von Digitalisierung und Innovation damit eine höhere Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Investitionsmittel erzielt wird - dies ist heute kaum ersichtlich. Es scheint vielmehr, als ob jedes Departement nach Gutdünken und ohne Wirtschaftlichkeitsrechnung oder Nachweis über den Mehrwert für die Bevölkerung oder die Stadtverwaltung Projekte unter dem Titel Digitalisierung lanciert und budgetiert. Die GLP schreitet hier auch im Budget mit einem Tabellenantrag ein und fordert gleichzeitig von der OIZ ihre Funktion einer zentralen Koordination wahrzunehmen.

Unzweifelhaft erfordern die wachsende Stadt und die klimatischen Herausforderungen nach wie vor eine hohe Investitionstätigkeit, zudem ist die Bestellerliste nicht zuletzt des Parlaments über alle Parteien hinweg lang und sehr kostenintensiv. Leider zeigt der Stadtrat keine strategische Ausgabenpriorisierung und Kostendisziplin. Aus Sicht der GLP ginge dies auch ohne Leistungsabbau. Ein gewisses Stellenwachstum ist in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung, Kinderbetreuung sowie beim öffentlichen Verkehr nachvollziehbar, nicht jedoch im vom Stadtrat präsentierten Ausmass. Angesichts der nur schleppend voranschreitenden Verwaltungsreform fordert die GLP mittels eines Budget-Postulats nun einen Marschhalt bei der Zunahme des Personalaufwands in der zentralen Verwaltung. Bevor die Umsetzung der Verwaltungsreform keine klaren Konturen annimmt, ist die GLP nicht bereit, die unkoordinierte Bildung von neuen Strukturen in den Departementen zu unterstützen.

Steuereinnahmen sinken, Eigenkapital schmilzt und Verschuldung steigt

Die sich nun über Jahre abzeichnenden Rückgänge bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen aufgrund der Umsetzung der Steuervorlage 17 weiss der Stadtrat nicht zu kompensieren und somit präsentiert er für die Planjahre 2021-2023 tief rote Ergebnisse mit einem auf 132,4 Millionen Franken anwachsenden Verlust per 2023. Das ist eindeutig zu viel! Die Ertragsausfälle bei den Steuereinnahmen bei den juristischen Personen sind wohl eher konservativ geschätzt. Man verlässt sich also weiterhin auf eine positive Konjunkturlage und somit auf das Steuersubstrat bei den natürlichen Personen und den Grundstückgewinnsteuern. Gleichzeitig schmilzt das Eigenkapital nur so dahin auf unter 1,2 Milliarden Franken und die langfristigen Finanzverbindlichkeiten steigen auf über 8 Milliarden Franken. Nachdem über die letzten 3 Jahre Schulden bis auf knapp über 5 Milliarden Franken abgebaut werden konnten, muss die Stadt über die nächsten 3 Planjahre massiv Kapital aufnehmen. Der Nettoverschuldungsquotient steigt dadurch auf ungläubliche 263,8% – eindeutig zu viel!

Die GLP ist weiterhin darauf bedacht, eine nachhaltige Finanzpolitik für einen attraktiven Wohn- und Arbeitsstandort Zürich sicherzustellen. Dazu gehört eben auch ein langfristig stabiler Steuerfuss. Mit einer effizienten Investitionstätigkeit, der Nutzung der Chancen der Digitalisierung und einer konsequenten Kostendisziplin muss die Zielsetzung mittelfristig sein, den Steuerfuss auch für die natürlichen Personen nachhaltig zu senken. Die GLP setzt sich seit 10 Jahren zuverlässig dafür ein, diese Balance zu halten und darauf zu achten, dass der Stadtrat nicht zu viel des Guten tut. Die Planjahre ab 2021 zeigen – es ist Zeit für eine Trendwende!

2014. 2019/549

Erklärung der AL-Fraktion vom 11.12.2019: Budget 2020 und FAP 2020–2023

Namens der AL-Fraktion verliest Andreas Kirstein (AL) folgende Fraktionserklärung:

Wir werden uns in den nächsten Sitzungen im Gemeinderat über das Budget 2020 beugen. Wir sollten dies mit Blick auf die kommende Dekade tun und dabei die folgenden Punkte nicht aus den Augen verlieren:

1. Die zwei- oder dreistelligen Millionenlöcher, die die vom gemischten Doppel Stocker-Leupi geschnürte Steuerreform in die Rechnung der Stadt Zürich reissen, sind im Budget 2020 noch nicht sichtbar.
2. In einem Jahr werden wir an diesem Ort einen Finanzplan diskutieren, in dem die Gelder, die für eine flächendeckende Einführung der Tagesschule und die Umsetzung von Netto-Null-2030 dringend nötig sind, hoffentlich schon einkalkuliert sind. Beides ist nicht gratis zu haben.
3. Die schon im Budget 2020 sichtbaren Kostentreiber prägen die Entwicklung der Ausgaben auch in den Folgejahren. Zum einen müssen Schulen, Sportanlagen und ÖV für das 500'000-Einwohner*innen Zürich ausgebaut werden. Zum anderen muss die Stadt die vom Kanton an die Kommunen abgetretenen Kosten für Pflege und Spitex auch in Zukunft tragen.

Wer in dieser Lage einen Antrag zur Senkung der Steuern um 6 Punkte stellt, ist nicht ganz bei der Sache. 6 Steuerprozent sind 100 Millionen Franken. Die Autor*innen dieses Antrags rechnen vor, dass das Manna für Gutverdienende mit ein paar Federstrichen bei der Stellenentwicklung kompensiert werden kann. Das ist Hokuspokus. Die 468 Stellen, die der Stadtrat in den Stellenplan eingestellt hat, „belasten“ die Rechnung

der Stadt Zürich brutto mit 60 Millionen Franken. Netto sind es viel weniger, weil rund ein Drittel über Gebühren finanziert wird.

Um die Steuersenkung zumindest teilweise über einen zurückhaltenden Stellenausbau zu finanzieren, müssten die grossen Kostenblöcke attackiert werden. Es sind dies die Schule mit rund 200 neuen Stellen, die soziale Integration (gegen 30 Stellen) und der Betrieb der neuen Sport und Badeanlagen (20 Stellen). Werte FDP, es gehört sich zumindest, dass man den Leuten reinen Wein einschenkt.

Irritierend am Budgetentwurf des Stadtrats ist nicht, dass er Bademeister*innen, Musiklehrer*innen und Sozialpädagog*innen anstellt. Irritierend ist, dass er sich partout nicht darauf einlassen will, die Organisation der Stadtverwaltung zu modernisieren. Am 31. Oktober 2018 erhielt er von uns den Auftrag, dem Gemeinderat bis am 31. Oktober 2020 einen Bericht zur Einleitung einer Reorganisation der Verwaltung vorzulegen. Dieser sollte unter anderem aufzeigen, wie er das Prinzip, dass nur noch «eine Dienstabteilung (...) für ein Thema verantwortlich» ist, umsetzen will.

Der Stadtrat wollte dieses Postulat nicht. Er hat sich in den letzten zwölf Monaten wiederholt darüber unterhalten, wie er mit der heissen Kartoffel umgehen soll. Und Heureka: Im November 2019 hat er beschlossen, einer Firma einen Beratungsauftrag zu erteilen.

Gleichzeitig produziert er jahrein jahraus Stellen, die ein sinnvolles Schaffen in der Stadtverwaltung kaum befördern. Der jüngste Streich ist die mit dem Budget beantragte Abteilung «Koordination Klimavorstösse» in Andreas Hauris UGZ, die mit einem Stab von 5,9 wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen und Projektleiter*innen ausgestattet werden soll. Die AL ist überzeugt, dass die dringende Zusammenführung der drei städtischen Energieunternehmen in einer schlagkräftigen Abteilung und die Eingliederung der Energiecoaches des UGZ in diesen Betrieb dem Klima mehr dient, als das Festhalten an überholten Organisationsstrukturen.

2008. 2019/386

Weisung vom 18.09.2019:

Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2020–2023

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2020–2023 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Referent; Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)

Minderheit: Susanne Brunner (SVP), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP)

Enthaltung: Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP)

Abwesend: Alan David Sangines (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Referent; Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Susanne Brunner (SVP), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP)
Enthaltung: Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP)
Abwesend: Alan David Sangines (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2020–2023 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 18. Dezember 2019 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

2015. 2019/525

Postulat der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 04.12.2019: Aufführung von bestimmten Kennzahlen im Finanz- und Aufgabenplan (FAP) auf Stufe Dienstabteilung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n**2016. 2019/375**

Schriftliche Anfrage von Gabriele Kisker (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) vom 04.09.2019:

Städtische Lichtemissionen, Gründe für die geringe Reduktion der Lichtemissionen im Vergleich zu anderen Städten und mögliche Massnahmen betreffend Beleuchtungsstärken, Streulicht, Schaufenstern und Entwicklung zu mehr Lumen sowie Ideen für eine Weiterentwicklung des Plan Lumière

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1057 vom 27. November 2019).

2017. 2019/69

Weisung vom 27.02.2019:

Immobilien Stadt Zürich, Amtshaus Walche, Instandsetzung, gebundene Ausgaben, Räumliche Optimierungen, Objektkredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 18. September 2019 ist am 25. November 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. Dezember 2019.

2018. 2019/187

Weisung vom 15.05.2019:

Sozialdepartement, Verein Limita (Fachstelle zur Prävention sexueller Ausbeutung), Beiträge 2020–2023

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 18. September 2019 ist am 25. November 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. Dezember 2019.

2019. 2019/237

Weisung vom 29.05.2019:

Sozialdepartement, Verein FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration, Beiträge 2020–2022, Abschreibung Postulat, GR Nr. 2018/450

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 18. September 2019 ist am 25. November 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. Dezember 2019.

Nächste Sitzung: 11. Dezember 2019, 17 Uhr.